



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 162'894
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 4
Fläche: 49'683 mm²



«Mit Würgen und Biegen» könne man beim Bund nochmals sparen, sagt Bundesrat Maurer. Foto: Keystone

Sparallianz setzt sich durch

Bis zu 400 Kündigungen werden befürchtet

Christoph Lenz
Bern

Das Parlament spart kurzfristig 50 Millionen Franken beim Personal. Nun drohen Entlassungen.

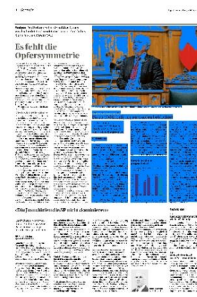
Im Ringen um das Bundesbudget 2017 hat gestern der sparfreudigere Nationalrat obsiegt. Bei den letzten offenen Positionen setzten SVP, FDP und BDP Kürzungen von 128 Millionen Franken durch. Sie entfallen auf die Bereiche Informatik (17,5 Millionen), externe Berater (60,3 Millionen) und - besonders um-

stritten - allgemeine Personalkosten (50 Millionen). Ein Antrag der Einigungskonferenz beider Räte, nur die halbe Summe einzusparen, unterlag. Gemessen am gesamten Personaletat von 5,7 Milliarden Franken macht die Kürzung von 50 Millionen rund ein Prozent aus. Das entspricht 370 Vollzeitstellen.

Soweit die harten Zahlen. Doch was bedeuten sie? Wo wird der Bundesrat das Sparmesser ansetzen? Gibt es einen Stellenabbau? Müssen Leute entlassen werden? Diese Fragen sind derzeit kaum fundiert zu beantworten. Wie unklar die Situation ist, zeigt exemplarisch die Kommunikation des Finanzdeparte-

ments (EFD). Im Parlament hatte Finanzminister und Personalchef Ueli Maurer (SVP) relativierend erklärt, eine Sparmassnahme von 50 Millionen Franken sei «mit Würgen und Biegen schon noch einmal möglich». Das EFD war gestern indes nicht in der Lage, Fragen nach den konkreten Folgen zu beantworten. Der Bundesrat werde noch darüber diskutieren müssen, wo und wie die Sparmassnahmen umgesetzt würden. «Ob es zu Entlassungen kommen wird, lässt sich heute noch nicht sagen.»

Die Personalorganisationen rechnen bereits mit dem Schlimmsten. «Kürzungen in diesem Umfang lassen sich nicht



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 162'894
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 4
Fläche: 49'683 mm²

mehr mit natürlichen Fluktuationen auf- fangen», sagt Maria Bernasconi, General- sekretärin des Bundespersonalverbands (PVB). «Es wird zu Kündigungen kom- men.» Sie rechne damit, dass mindestens 400 Angestellte auf die Strasse gestellt würden. Nicht zuletzt, weil Kündigungs- fristen eingehalten und Sozialpläne aus- gearbeitet werden müssten und die Ent- lassungen erst mit Verzögerung finan- zielle Wirkung entfalteten. Somit sei auch offensichtlich, dass ein enormer Leis- tungsabbau stattfinden werde. Bernas- coni will die Bundesangestellten gegen den Sparentscheid mobilisieren. «Ich würde einen Bummelstreik befürwor- ten.» Der PVB entscheide aber erst im Januar im Rahmen der Verhandlung- gemeinschaft des Bundespersonals.

Bürgerliche Politiker halten diese Szenarien für übertrieben. «Der Stellen- bestand ist kontinuierlich gewachsen, eine moderate Kürzung daher sicher zu- mutbar», sagt Albert Vitali (FDP, LU). Zu- dem erhalte die Verwaltung mit dem neuen Führungsmodell mehr finanzielle Flexibilität. Für Thomas Aeschi (SVP, ZG) sind die Sparmassnahmen sogar noch zu gering ausgefallen. «Alle An-

träge der SVP für konkrete Kürzungen, etwa beim Bundesamt für Statistik, wur- den abgelehnt.» Es sei sehr beunruhi- gend, dass im Budget trotz wirtschaft- lich guten Zeiten ein Defizit von 250 Mil- lionen Franken resultiere. «Umso mehr, als der Ausblick für die nächsten Jahre äusserst düster ist.»

Rutsch ins Minus prognostiziert

Überschüsse und Defizite des Bundeshaushalts, in Milliarden Franken

